

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 101. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 1. Juli 2009, 10 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

i. V. von Thomas Stritzl

Anette Langner (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Thomas Rother (SPD)

i. V. von Olaf Schulze

Dr. Heiner Garg (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Informationen durch den MWV zur aufgeworfenen Fahrbahndecke auf dem neuen A20-Teilstück zwischen Lübeck und Geschendorf bei Bad Segeberg	5
2. Unterrichtung durch den MWV zum Stand „Tempoänderung auf der A20 bei Groß Grönau“	7
3. Vergabe der Schienenpersonennahverkehrsleistungen (Netz „Nord“)	8
Dieser Tagesordnungspunkt wird nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO behandelt (siehe nicht öffentlichen Teil der Sitzung, Seite 23)	
4. a) Prüfung einer Alternativkasse zur Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung	9
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2675	
b) Kostenkalkulation der Hinterlandanbindungen einer geplanten festen Fehmarnbelt-Querung	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2715	
5. Flughafenentwicklungskonzept für Norddeutschland	11
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2521	
6. Güterkraftgewerbe stärken - Maßnahmen zur Senkung der Lkw-Maut ergreifen	13
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2663	
7. Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen	14
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2525	
8. Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbericht 2009	15
Drucksache 16/2439	

- 9. Kein CO₂-Endlager in Nordfriesland** **16**
- Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/2647
- hier: Beschlussfassung über den Kreis der Anzuhörenden**
- hierzu: Umdrucke 16/4390, 16/4391, 16/4400, 16/4404
- 10. Berichterstattung der Landesregierung über die Durchführung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes** **18**
- Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
gem. Art. 17 Abs. 2 S. 2 LV und § 14 Abs. 1 S. 2 GeschO)
- hierzu: Umdruck 16/4443 (neu)
- 11. Verschiedenes** **19**

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird nach Erweiterung in vorstehender Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Informationen durch den MWV zur aufgeworfenen Fahrbahndecke auf dem neuen A20-Teilstück zwischen Lübeck und Geschendorf bei Bad Segeberg

M Dr. Biel führt aus, in der letzten Woche habe man bei der Bauabnahme des hier in Rede stehenden Teilstücks der A20 Lübeck - Geschendorf festgestellt, dass es einige Unregelmäßigkeiten gebe. Die Bauabnahme sei vom 19. Juni bis zum 22. Juni erfolgt. Ausweislich des gemeinsamen Abnahmeprotokolls seien 1.800 Mängel und Restleistungen festgestellt worden. Weiterhin sei die Abnahme unter 13 Vorbehalten erfolgt, u. a. betreffend aufgeworfene Fahrbahndecke (Blasenbildung). Auch der von der Baufirma Papenburg bestellte Gutachter sei in seinem Gutachten zu dem Schluss gekommen, dass die Blasenbildung als solche noch nicht abgeschlossen sei. Das MWV habe zwei zusätzliche Gutachten in Auftrag gegeben. Im schlimmsten Fall müsse die Fahrbahndecke an den betroffenen Stellen wieder abgetragen und neu angelegt werden. Davon gehe sein Haus im Augenblick aber nicht aus. In die Asphalt-schicht sei Feuchtigkeit eingedrungen, und das Wasser dehne sich bei Sonnenschein aus und drücke die Fahrbahndecke nach oben. Gutachterlich werde auch geklärt werden, woher das Wasser komme.

Die Stellungnahmen der Firma Papenburg zu dem geschilderten Sachverhalt hält M Dr. Biel für nicht nachvollziehbar. In jedem Fall sei es nicht verantwortbar gewesen, die Strecke wie geplant am 6. Juni freizugeben. Die Blasenbildung betreffe die gesamte Strecke. Nach Vorliegen der erwähnten Gutachten werde in dieser Angelegenheit entschieden werden.

Abg. Matthiessen zitierte die Stellungnahme der Firma Papenburg dahingehend, dass diese darauf hingewiesen habe, dass die Landesregierung verzögert gezahlt habe, und dadurch sei die Asphaltdecke überschichtet worden, nachdem aufgrund einer baulichen Verzögerung Wasser in den Unterbau eingedrungen gewesen sei. Er möchte wissen, ob die Firma hierüber Mitteilung gemacht habe, denn bei dieser Sachlage hätte sie ja wohl nicht weiterbauen dürfen, wenn sie einen solchen Fehler vermutet hätte. Für den Fall, dass sich die Sichtweise der Bau-firma durchsetzen würde, wolle er, Abg. Matthiessen, wissen, wer für die Kosten der Mängel-beseitigung aufzukommen hätte.

AL Meienberg erwidert, die Firma Papenburg habe über den Wassereinfluss unter dem Asphalt nicht informiert, sondern einfach weitergebaut. Das Ergebnis sei dann die Blasenbildung gewesen. Als Bausumme seien mit der Firma Papenburg 35 Millionen € vereinbart gewesen, und im Laufe der Zeit habe die Firma 63 Nachträge über 45 Millionen € zusätzlich gestellt. Über die Nachträge habe es naturgemäß Streit gegeben, weil das MWV natürlich nicht jedem Nachtrag sofort nachgehen wollte. Diese Gelder für die Nachträge, die die Firma geltend gemacht habe, seien zögerlich oder gar nicht gezahlt worden. Zu einem dieser Nachträge laufe jetzt auch ein Klageverfahren gegen das Land als Auftragsverwaltung. Kostenträger sei in jedem Fall der Bund und Zahlungen in diesem Zusammenhang gingen zulasten des Bundeshaushalts.

Nach dem Hinweis von M Dr. Biel, dass es auch weiter östlich jenseits der Landesgrenze auf der A20 im Bereich Mecklenburg-Vorpommern bereits Probleme mit Blasenbildung gegeben habe, fragt Abg. Dr. Garg, ob sich denn die Behörden diesbezüglich nicht einmal ausgetauscht hätten. - M Dr. Biel erwidert, auf der Streckenfortführung der A20 östlich der Wakenitz habe ebenfalls eine Geschwindigkeitsbeschränkung bestanden, die jetzt aufgehoben werde. Genau dort habe es ebenfalls Blasenbildungen gegeben. Eine Geschwindigkeitsbeschränkung werde jetzt auch für die A20 zwischen Lübeck und Geschendorf die Folge sein. Rein technisch gesehen würden die Blasen angebohrt, damit die Luft entweichen könne, und dann werde die Stelle neu verdichtet. Dies sei auf Teilstücken schon geschehen, aber es hätten sich dann an anderen Stellen neue Blasen gebildet. Theoretisch könne sich dies über zwei Jahre hinziehen. Aus Sicherheitsgründen werde man sicherlich auch dann, wenn man die Strecke freigäbe, zunächst eine Geschwindigkeitsbeschränkung vorsehen müssen, die dann später wieder aufgehoben werden könnte. Eine solche Maßnahme sei aus Sicherheitsgründen erforderlich. Selbstverständlich könne es nicht angehen - hierin bestätigt M Dr. Biel die Meinung von Abg. Dr. Garg -, dass eine nagelneue Autobahnstrecke von Anfang an Flickwerk sei. Der Bund habe nach dem Ergebnis der Ausschreibung das Land zur Auftragsvergabe an die Firma Papenburg veranlasst.

Abg. Rother fragt nach Konsequenzen aus den Baumängeln für die weiteren Auftragsvergaben die A20 betreffend. - M Dr. Biel erklärt, mit dem Bau des nächsten Streckenabschnitts sei ein anderes Bauunternehmen beauftragt.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, bittet die Vertreter des MWV, die verkehrspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen in dieser Angelegenheit auf dem Laufenden zu halten. - M Dr. Biel sagt dies zu.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Unterrichtung durch den MWV zum Stand „Tempoänderung auf der A20 bei Groß Grönau“

AL Meienberg erläutert, im Planfeststellungsverfahren zum Bau der A20 sei seinerzeit eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100 km/h festgelegt worden. Im Laufe der Jahre sei man zu der Auffassung gelangt, dass dort auch eine höhere Geschwindigkeit zulässig sein müsste. 130 km/h sei so als angemessene Geschwindigkeit ausgegeben worden. Daraufhin sei ein Planfeststellungsverfahren zur Aufhebung der Tempobeschränkung 100 km/h eingeleitet worden. Der Planfeststellungsbeschluss dazu sei inzwischen erfolgt und liege im Lübecker Rathaus aus. Eine Verfristung der Beklagung des Beschlusses sei noch nicht eingetreten. Mit der Gemeinde Groß Grönau sei man so verblieben, dass die Gemeinde zunächst einmal zur Fristwahrung Klage ohne Begründung erhebe, dass das MWV im Laufe des Juli jedoch vor Ort einen Termin durchführen wolle, um mit der Kommune Groß Grönau und den Naturschutzverbänden zu klären, welche Maßnahmen zum Lärmschutz an der Wakenitzbrücke möglich seien, ob man womöglich dort eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 100 km/h bestehen ließe, ansonsten aber 130 km/h Geltung hätte.

(Unterbrechung der öffentlichen Sitzung: 10:15 bis 10:30 Uhr)

Punkt 3 der Tagesordnung:

Vergabe der Schienenpersonennahverkehrsleistungen (Netz „Nord“)

hierzu: vertraulicher Umdruck 16/4414 (neu)

Punkt 3 der Tagesordnung wird **nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO** behandelt (siehe nicht öffentlichen Teil der Sitzung)

(Wiederbeginn der öffentlichen Sitzung: 10.30 Uhr)

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Prüfung einer Alternativtrasse zur Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2675

b) Kostenkalkulation der Hinterlandanbindungen einer geplanten festen Fehmarnbelt-Querung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2715

hierzu: Umdruck 16/4442

(überwiesen am 19. Juni 2009)

Abg. Dr. Garg führt auch unter Bezugnahme auf den vorliegenden Änderungsantrag von CDU und SPD, Umdruck 16/4442, aus, dass er den Antrag seiner Fraktion, Drucksache 16/2675, für erfüllt ansähe, wenn hier im Ausschuss heute erklärt würde, dass der Ausschuss die Landesregierung auffordere, regelmäßig darüber zu informieren - dies könne auch seitens der Deutschen Bahn AG erfolgen; es müsse jedoch in jedem Fall verbindlich sein -, wann, in welcher Zeitspanne, tatsächlich Alternativtrassen geprüft würden, zu welchem Ergebnis diese Prüfungen gekommen seien und wie das Verfahren weitergehen solle, damit die Bevölkerung vor Ort mit handfesten Fakten bedient werden könne. Dass der Ausschuss in dem Zusammenhang auch über die Kosten informiert werde, halte er für selbstverständlich.

Abg. Schröder weist auf das am 17. Juni zu diesem Thema mit der Konzernbevollmächtigten der DB AG für die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein geführte Informationsgespräch hin, in dem der Ausschuss durch Einblick in die Akten habe zur Kenntnis nehmen können, dass bis zu zehn verschiedene Alternativtrassen bahnseitig geprüft würden. Insofern geschehe mit dem, was hier bahnseitig zurzeit erfolge, alles das, was auch im Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/2675, gefordert werde.

Abg. Dr. Garg stellt daraufhin zu Protokoll über das eingangs von ihm hinaus Gesagte fest, dass am Ende dieses Informationsaustausches ein konkretes Ergebnis stehen müsse. Wenn

dabei konkretes Ergebnis sei, es gäbe eine Alternativmöglichkeit, aber diese sei teurer, fordere er, dass die Landesregierung dann insoweit zielgerichtet Verhandlungen mit dem Bund aufnehmen müsse.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, verweist zu den Kosten ebenfalls auf die Zuständigkeit des Bundes beziehungsweise der Deutschen Bahn AG und erklärt auch für seine Fraktion die Übereinstimmung mit den Intentionen, die Abg. Dr. Garg hier zu Protokoll gegeben habe.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung der Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird die Protokollerklärung von Abg. Dr. Garg mit der Folge der gegenstandsmäßigen Erledigung des Antrags Drucksache 16/2675 sanktioniert.

Abg. Matthiessen spricht zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2715, zunächst die Antragsnummer 2 an und stellt fest, dass dieser Punkt durch den Änderungsantrag von CDU und SPD, Umdruck 16/4442, inhaltlich nicht abgedeckt werde. Darüber hinaus hält er fest, dass in der Antragsnummer 1 explizit aufgenommen sei, dass die Bevölkerung in den Kurorten durch die Trassenführung nicht übermäßig belastet werden dürfe.

Abg. Schröder erinnert kurz an die soeben zum Antrag der FDP geführte Diskussion, in der ja wohl deutlich geworden sei, dass es dem Ausschuss gerade darum gehe, eine Trassenführung zu erreichen, die die Bevölkerung in der Region weniger belasten würde. Im Übrigen sei die Nummer 1 im Antrag Drucksache 16/2715 bezüglich der Kostenkalkulation ebenfalls durch den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen erfasst. - Abg. Callsen und Poersch schließen sich diesen Ausführungen von Abg. Schröder an.

Dem Einwand von Abg. Matthiessen, dass in seinem Antrag auch das Datum 01.09.2009 genannt werde, zu dem eine aktuelle Kostenkalkulation vorgelegt werden solle, begegnet der Vorsitzende, Abg. Arp, mit dem Hinweis, dass die Planung der Trassen mit absoluter Sicherheit nicht bis zum 1. September d. J. abgeschlossen sein werde.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 16/2715 in der Fassung des Umdrucks 16/4442 anzunehmen.

Abg. Matthiessen bittet an dieser Stelle die Vertreter des MWV darum, den Ausschussmitgliedern einmal die Bemerkungen des Bundesrechnungshofs zum Thema Fehmarnbelt-Querung zuzuleiten. - M Dr. Biel sagt dies zu, erklärt jedoch zugleich, dass die Bemerkungen aus seiner Sicht nicht sehr aussagekräftig seien.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Flughafenentwicklungskonzept für Norddeutschland

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2521

(überwiesen am 27. März 2009)

Abg. Rother verweist zunächst auf das inzwischen vorliegende Luftverkehrskonzept des Bundes und fragt nach den Auswirkungen dieses Konzepts für Schleswig-Holstein. Des Weiteren erbittet er Informationen über den Stand der Überlegungen zu einer norddeutschen Kooperation in Fragen der Flughäfen.

Abg. Harms hält es für selbstverständlich, dass Schleswig-Holstein seine Überlegungen mit dem Entwicklungskonzept des Bundes abzustimmen habe. Frage sei hier, wie schnell die Landesregierung handeln könne. Zum Text des Antrags schlägt er vor, auch den Flughafen in Bremen mit aufzunehmen. Sodann lenkt Abg. Harms sein Augenmerk auf die dänischen Flughäfen in Nachbarschaft von Schleswig-Holstein, die zum Beispiel in Billund und in Sønderborg eine gewisse Relevanz besäßen. Ähnlich wie bei den Seehäfen sei auch für die Flughäfen ein norddeutsches Konzept nötig. Auch mit Blick auf den Flughafen in Jagel und eines möglichen Flughafens in Kaltenkirchen bedürfe es eines solchen Konzepts.

Abg. Schröder erklärt, dass die Leitlinien für ein norddeutsches Flughafenkonzept insgesamt überarbeitet und aktualisiert werden müssten. Sachgerecht wäre es im Augenblick für ihn, dass der Ausschuss das Ministerium bitten würde, diese Aktualisierung auch im Blick auf die Bundesvorgaben vorzunehmen. Der Wirtschaftsausschuss hätte dann eine sichere Grundlage, um dazu Stellung nehmen zu können, ob man ein Konzept betreffend alle die in dem FDP-Antrag genannten Flughäfen benötige oder ob man eher eine Aktualisierung zum Beispiel in Zusammenarbeit mit Hamburg und mit Niedersachsen ins Auge fassen sollte.

Abg. Dr. Garg spricht sich dafür aus, im Wirtschaftsausschuss einmal eine Präsentation darüber zu bekommen, wie das Luftverkehrskonzept des Bundes aussehe und inwieweit es Auswirkungen auf seinen Antrag habe. Dabei sollten auch die ökonomischen Punkte, die im 3. Absatz seines Antrags genannt würden, berücksichtigt werden, aber ebenso auch Fragen der Finanzierung und der zivilen Mitnutzung von Militärflughäfen. Auf der Grundlage solcher Kriterien könne dann die Diskussion im Ausschuss fortgeführt werden.

M Dr. Biel erklärt, das Konzept des Bundes besage kurz gefasst, dass es in Deutschland genügend Flughäfen gebe, dass die großen Hubs - z. B. Frankfurt, München, Berlin - weiter gefördert werden sollten und dass Regionalflughäfen kritisch gesehen würden. Insofern gebe es sicherlich einige Aspekte, unter denen Norddeutschland zusammenarbeiten sollte. M Dr. Biel erinnert sodann daran, dass die Leitlinien für eine norddeutsche Luftverkehrspolitik 1995 verabschiedet worden seien und dass es ein gemeinsames Konzept zu den Entwicklungsperspektiven der Flughäfen in Schleswig-Holstein und Hamburg aus dem Jahr 2005 gebe. Die fünf norddeutschen Länder hätten verabredet, sich morgen zum ersten Mal nach Vorliegen des Bundeskonzepts auf Arbeitsebene zu treffen, um länderspezifische Kernfragen, Interessen und Ziele einer Zusammenarbeit, eines norddeutschen Konzepts zu erarbeiten. Es sei geplant, bis Mitte des nächsten Jahres ein auf Arbeitsebene abgestimmtes Konzept zu entwickeln. Dabei werde man Dänemark schon deshalb mit einbinden müssen, weil es die dänischen Nachbarn zunehmend nach Hamburg ziehe, die von dort aus ihre Urlaubsflüge absolvierten.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, fasst zusammen, dass das MWV je nach Fortschritt der Entwicklung eines norddeutschen Luftverkehrskonzepts auf den Ausschuss mit Informationen zukommen werde, dass sich der Ausschuss in jedem Fall aber im Herbst dieses Jahres auf der Grundlage einer Präsentation des Luftverkehrskonzepts des Bundes, ergänzt durch die Vorstellungen der Landesregierung, mit dem Thema weiter befassen werde. - Gegen diese Verfahrensskizze erhebt sich kein Widerspruch.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Güterkraftgewerbe stärken - Maßnahmen zur Senkung der Lkw-Maut ergreifen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2663

(überwiesen am 17. Juni 2009)

Vor dem Hintergrund des Meinungs austausches über diesen Antrag bei der Einbringung stimmen die Ausschussmitglieder ohne weitere Aussprache über die Vorlage ab. Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 16/2663 abzulehnen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2525

(überwiesen am 19. Juni 2009 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Langner nimmt darauf Bezug, dass sich Bund, Länder und die Wirtschaft im Nationalen Integrationsplan verpflichtet hätten, derzeit laufende Anerkennungsverfahren und Maßnahmen zu optimieren. Sie bittet die Vertreter der Landesregierung um eine zeitnahe Information im Wirtschaftsausschuss, sobald diesbezüglich konkrete Ergebnisse zu berichten seien. Des Weiteren bittet sie die Landesregierung, sich in den Arbeitsgruppen dafür einzusetzen, dass Anerkennungsverfahren beschleunigt würden.

Unbeschadet dieser zu einem späteren Zeitpunkt erfolgenden Informationen nimmt der Ausschuss den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/2525, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schles-
wig-Holstein
- Tätigkeitsbericht 2009**

Drucksache 16/2439

(überwiesen am 8. Mai 2009 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle
weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Der Leiter des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz informiert die Ausschussmit-
glieder schwerpunktmäßig über Inhalte des Kapitels 5, Datenschutz in der Wirtschaft. Der
Tätigkeitsbericht 2009, Drucksache 16/2439 wird vom Ausschuss sodann abschließend zur
Kenntnis genommen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Kein CO₂-Endlager in Nordfriesland

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/2647

(überwiesen am 7. Mai 2009 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hier: Beschlussfassung über den Kreis der Anzuhörenden

hierzu: Umdrucke 16/4390, 16/4391, 16/4400, 16/4404

Der Vorsitzende, Abg. Arp, erinnert daran, dass verabredet gewesen sei, nunmehr am 9. September eine Anhörung zu dem Antrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 16/2647, betreffend Kein CO₂-Endlager in Nordfriesland durchzuführen. Nun gebe es aber die aktuelle Lage, dass die Koalitionsfraktionen auf Bundesebene vereinbart hätten, in dieser Wahlperiode des Deutschen Bundestages keinen CCS-Gesetzentwurf mehr einzubringen. Damit fehle die Grundlage für eine Anhörung in Schleswig-Holstein, die ja dem Ziele dienen sollte, Auswirkungen eines solchen Bundesgesetzes auf Schleswig-Holstein zu erörtern. Er schlage deshalb vor, die Thematik erst nach Vorliegen eines neuen CCS-Gesetzentwurfs auf Bundesebene weiter zu erörtern.

Abg. Harms erklärt sich mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden, plädiert jedoch dafür, dann auch die CCS-Technik zum Gegenstand einer dann allerdings umfangreichen Anhörung zu machen.

Abg. Matthiessen wendet ein, dass trotz der Entwicklung bezüglich eines Bundesgesetzes das Verfahren CCS anhängig sei. Denn es sei ja keineswegs so, dass die Bundesrepublik frei wäre, ein solches Gesetz zu erlassen oder nicht. Die hierzu auf EU-Ebene bestehende Richtlinie müsse innerhalb von zwei Jahren umgesetzt werden.

Abg. Dr. Garg unterstützt den Verfahrensvorschlag des Vorsitzenden. Seine Fraktion werde selbst eine Expertenanhörung zur CCS-Technologie durchführen. Zum jetzigen Zeitpunkt sehe er ebenfalls keine rechtliche Grundlage für ein Anhörungsverfahren im Wirtschaftsausschuss.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschließt der Ausschuss, erst nach Vorliegen eines neuen CCS-Geszentwurfs auf Bundesebene eine ganztägige Expertenanhörung durchzuführen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Berichterstattung der Landesregierung über die Durchführung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
gem. Art. 17 Abs. 2 S. 2 LV und § 14 Abs. 1 S. 2 GeschO)

hierzu: Umdruck 16/4443 (neu)

Abg. Langner begründet die mit Umdruck 16/4443 (neu) vorliegende Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses und weist darauf hin, dass mit dieser Vorlage die Berichterstattung über die Durchführung des BFQG weiterhin im Wirtschaftsbericht erfolgen werde, dass sich aber Schleswig-Holstein künftig mit einer Länderzusatzstudie am europäischen „Adult Education Survey“ beteiligen werde.

Einstimmig verabschiedet der Ausschuss die Beschlussempfehlung Umdruck 16/4443 (neu) an den Landtag.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt mit einem Hinweis auf die vom 10. bis 15. September in Neumünster stattfindende NordBau 2009 die Sitzung um 11.50 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer